

presse

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Atomwirtschaft zeigt erneut ihr raffgieriges Gesicht

*Zur Ablehnung einer Kernbrennstoffsteuer durch Betreiber von Atomanlagen und die Lobbyverbände der Atomwirtschaft erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Ulrich Kelber**:*

Es bleibt dabei: Die Atomwirtschaft und die damit verbundenen Energie-monopole sind auf das maximale Abkassieren ausgerichtet. Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung spielen keine Rolle. Aktuelles Beispiel ist die Weigerung der Atomwirtschaft, für die Kosten der Sanierung des "Forschungsendlagers" Asse II im Rahmen der tatsächlichen Verursacherrolle aufzukommen. Das deckt sich mit der durchsichtigen Hintertreibung des vertraglich vereinbarten Atomausstiegs durch strompreistreibende und vermutlich kartellrechtswidrige Maßnahmen.

Die Atomwirtschaft zeigt ihr raffgieriges Gesicht, wenn sie sich darauf zurückzieht, dass der ursprünglich aus Atomkraftwerken stammende radioaktive Müll in Asse II jetzt nur in öffentlicher Verantwortung liegt, weil sie ihn zu Forschungszwecken abgegeben hätten. Diese Argumentation mag formaljuristisch stimmen, kommt der gesellschaftlichen Verantwortung für das eigene Handeln aber in keiner Weise nach. Der Vorschlag von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, eine Kernbrennstoffsteuer einzuführen, könnte die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler von den Folgekosten der Billigentsorgung der Atomwirtschaft entlasten und ist daher dringend notwendig. Zu einer Erhöhung der Strompreise führt diese Kernbrennstoffsteuer übrigens bekanntlich nicht, sondern schmälert nur die Gewinne der Atomwirtschaft. Der Strom aus längst abgeschriebenen und subventionierten Atomkraftwerken wird zu Preisen ver-

kauft, die erhebliche Gewinne bedeuten.

Speziell das Unternehmen RWE muss sich fragen lassen, ob es seine Marktmacht nicht zur Erhöhung der Strompreise und damit seiner eigenen Gewinne missbraucht: Wenn es das Atomkraftwerk Biblis A ohne technischen Zwang einfach vom Netz nimmt, um politische Vorteile für den Fall eines bestimmten Ausgangs der Bundestagswahl daraus zu ziehen, verknappt RWE das Stromangebot und setzt damit einen Preissimpuls in Richtung Steigerung. Ich hoffe, dass das Bundeskartellamt diesen Vorgang untersuchen wird. Die Atomwirtschaft fordere ich auf, ihr durchsichtiges Spiel zulasten der Allgemeinheit sofort zu beenden.